



Foto: *StockSnap, Businessman, Simplified Pixabay License*

Heimarbeit als Rationalisierungsmethode

Die Welt nach Corona aus Sicht des Kapitals

Von Julien Salingue | 16. August 2020

Das Homeshoring, wie sich dieser Trend nennt, habe sich zu einer "spannenden alternativen Organisationsform" entwickelt, "wenn andere Kostensenkungsprogramme ihr Ziel verfehlt haben", so der Unternehmensberater Ingo Scheidweiler zur Heimarbeit als Rationalisierungsmethode.

In ihrem Buch *Gegen Trump. Wie es dazu kam und was wir jetzt tun müssen*. (2017) greift Naomi Klein auf das zurück, was sie in ihrem 10 Jahre zuvor erschienenen gleichnamigen Buch *Die Schock-Strategie* genannt hatte: „Eine „Schock-Strategie“ ist ein Bündel von taktischen Grausamkeiten, die darauf abzielen, die Konfusion in der Bevölkerung nach einem kollektiven Schock [...] systematisch auszunutzen, um extreme Maßnahmen zugunsten der Großkonzerne

durchzusetzen, Maßnahmen, die oft als „Schocktherapie“ bezeichnet werden.“ Zweifellos ist die Covid-19-Krise ein besonders spektakuläres Beispiel für einen solchen Prozess, bei dem die herrschenden Klassen versuchen, ihre Positionen brutal durchzusetzen, indem sie sich die Folgen der kollektiven Schockstarre zunutze machen, die bei jeder Krise solchen Ausmaßes auftritt. Frankreich ist in dieser Hinsicht ein Beispiel aus dem Lehrbuch.

Natürlich ist es nicht unser Anliegen, die wabernden Verschwörungstheorien aufzugreifen, von denen eine obskurer ist als die andere und die glauben machen wollen, dass die herrschenden Klassen die Covid-Krise „proviziert“ oder gar „organisiert“ haben, um somit ihre politischen Schweinereien zu legitimieren. Aber nichtsdestotrotz müssen wir uns darüber klar sein, dass die gegenwärtige Krise eine enorme Chance für die Bourgeoisie und ihre politischen Sachwalter*innen darstellt, um im Namen einer „Ausnahmesituation“ sozialfeindliche Maßnahmen durchzusetzen (längere Arbeitszeiten, niedrigere Löhne, Einschränkungen der demokratischen Rechte etc.), wobei solche unpopulären Maßnahmen als „vorübergehend“ ausgewiesen werden, während sie in Wahrheit auf Dauer angelegt sind.

Die Ausnahme wird zum Normalzustand

In diesem Zusammenhang sei an die Ereignisse in Frankreich in den zwei Jahren von November 2015 bis November 2017 erinnert, in denen der nach den Anschlägen vom 13. November verhängte Ausnahmezustand immer wieder verlängert wurde, bevor schließlich die meisten Bestimmungen in das allgemeine Recht überführt und somit normalisiert wurden. In diesen beiden Jahren hielten Hollande und Valls daran fest, dass der Ausnahmezustand aufrecht erhalten werden müsse, wobei sie immer Gründe fanden, Maßnahmen zu verlängern, die nach ihrer Lesart durch den „Notstand“ legitimiert seien. Macron, Castaner und Konsorten standen dem nicht nach und beendeten diesen „Normalisierungsprozess“ im Herbst 2017 mit einer Erklärung des Innenministers: „Ich bin der Ansicht, dass meine Freiheit nicht durch etwas bedroht wird, das es mir erlaubt, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen.“

... kurzum wollen sie den Ausnahmezustand aufrechterhalten, um ihn zum Normalzustand zu machen.

Die „Welt danach“, die so manche – durchaus aufrichtig – herbeisehnen, ist aus der politischen Sicht der herrschenden Klassen in Wirklichkeit schon da. Auch wenn diese die gegenwärtigen und zukünftigen Krisen nicht in ihrem genauen Verlauf vorhersehen können, ist ihre Marschrichtung

größtenteils schon vorgegeben: Angeblich seien sie sich dessen bewusst, dass es Veränderungen braucht, aber bloß, um somit reaktionäre Maßnahmen besser verkaufen zu können; sie nehmen die Kritik am System auf ihre Kappe, um daraus Maßnahmen abzuleiten, die das System in keiner Weise gefährden oder es gar noch konsolidieren; kurzum wollen sie den Ausnahmezustand aufrechterhalten, um ihn zum Normalzustand zu machen. Zwar hat es so noch niemand formuliert, aber man kann sich die Worte schon ausmalen: „Ich bin der Ansicht, dass meine sozialen Rechte nicht durch etwas bedroht sind, das es mir erlaubt, die Wirtschaftskrise wirksam zu bekämpfen.“

Das Programm bleibt gleich

Das Problem ist, dass sie natürlich versuchen werden, dies auf Kosten anderer Grundbedürfnisse der Bevölkerung umzusetzen ...

Insofern ist es völlig illusorisch zu glauben, dass die gegenwärtige Krise die herrschenden Klassen von der Notwendigkeit überzeugen könnte, „ihr Programm zu ändern“ oder auch nur substanzielle Änderungen daran vorzunehmen, obwohl die Krise zweifelsfrei gezeigt hat, dass das kapitalistische System strukturell unfähig ist, die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu befriedigen und stattdessen einzig von der Logik des Profits getrieben wird. In diesem Zusammenhang mögen bestimmte Maßnahmen auf den ersten Blick als ungewohnter staatlicher Interventionismus erscheinen, aber sie brechen keineswegs mit den Prinzipien des Neoliberalismus. Als Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire im März von staatlichen „Kapitalbeteiligungen“ oder gar „Verstaatlichungen“ sprach, ging es in keiner Weise darum, Unternehmen, die unentbehrliche Güter und Dienstleistungen produzieren (z. B. die Pharmaindustrie), unter öffentliche Kontrolle zu stellen, sondern darum, die von der Börsenkrise bedrohten „Juwelen“ des französischen Kapitalismus zu retten und sie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

Dasselbe gilt für die versprochenen „Investitionsvorhaben“, unter anderem im Gesundheitswesen. Dazu schreibt Gilbert Achcar zu Recht: „Wir können mit Sicherheit vorhersagen, dass die Neoliberalen widerspruchslos die Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen erhöhen werden, aber nicht ohne sicherzustellen, dass ihre Spezialisten in den Pharmakonzernen etc. davon profitieren werden. Sie werden dies auch nicht tun, weil sie über Nacht zu Verfechtern des Wohlfahrtsstaates geworden sind oder weil sie sich um die Bevölkerung sorgen, sondern weil sie die wirtschaftlichen Folgen einer neuen Pandemie oder einer

zweiten Welle der aktuellen Pandemie fürchten. Das Problem ist, dass sie natürlich versuchen werden, dies auf Kosten anderer Grundbedürfnisse der Bevölkerung umzusetzen, etwa des Bildungswesens, der Renten oder der Arbeitslosenunterstützung, und dabei gleichzeitig den Lohnabhängigen – durch Maßnahmen wie Lohnstopps oder gar -kürzungen – die Kosten für die „Rückkehr zur Normalwirtschaft“ aufbürden.“[1]

... sie werden an die umsonstige Nächstenliebe appellieren, statt ausreichend Personal im öffentlichen Dienst und vor allem in den Krankenhäusern einzustellen.

Dass Macron und Konsorten durch ihr katastrophales Krisenmanagement gegläntzt haben, lag nicht nur an ihrer Inkompetenz, sondern auch an ihrer Ideologie, ihrem Verständnis von Wirtschaft, sozialen Beziehungen und Politik. In der beschränkten Sichtweise dieser glückseligen Jünger der Marktwirtschaft darf es keine Entscheidungen geben, die die kapitalistische Logik langfristig auch nur im Geringsten in Frage stellen könnten. Sie werden lieber zig Milliarden Euro öffentlicher Gelder ausgeben, um die Großkonzerne über Wasser zu halten, als sie unter öffentliche Kontrolle zu stellen; sie werden sich weigern, den Preis für Schutzmasken ernsthaft zu deckeln – geschweige denn sie kostenlos zu machen – indem sie argumentieren, dass „die Innovation nicht behindert werden darf“; sie werden den Pflegern und Krankenschwestern Prämien versprechen, statt ihre Gehälter zu erhöhen; sie werden an die umsonstige Nächstenliebe appellieren, statt ausreichend Personal im öffentlichen Dienst und vor allem in den Krankenhäusern einzustellen.

Sie sagen, was sie wollen ...

Die Sachberichte und Empfehlungen der verschiedenen wirtschaftsfreundlichen Lobbys wie z. B. die viel beachteten „Anmerkungen“ des Montaigne-Instituts zur Arbeitszeit[2] zeigen eindeutig, dass die unbedingten Verfechter des Kapitalismus keineswegs die Absicht haben, wirkliche Zugeständnisse zu machen oder von ihren Grundprinzipien abzurücken. Insofern teilen wir die Analyse von Jean Castillo in einer Veröffentlichung für Attac: „Über den Gesundheitssektor hinaus und auf einer eher allgemeinen Ebene wird seit Beginn der Krise stets propagiert, dass an der Marktwirtschaft wegen ihrer organisatorischen und ordnungspolitischen Kapazitäten festgehalten und der Staat auf Distanz gehalten werden müsse. Diese vorherrschende Position richtet sich nach wie vor frontal gegen Preiskontrollen und Regulierung von Angebot und Nachfrage. Sowohl Denkfabriken als auch

einzelne Experten verweisen auf die Gefahr, dass der Staat wieder zu viel Einfluss auf den Markt erlangen könnte, wohingegen sie immer noch das Heil in der Deregulierung sehen.“[3]

Man unterlässt die Heuchelei. Man redet, was man denkt.

Dies bedeutet keineswegs, dass die Kapitalist*innen einfach nur zuwarten würden und bloß im Sinn haben, alles wieder wie vor der Krise zu handhaben, allein schon weil sie wissen, dass die Krise anhalten und die sozialen Beziehungen insgesamt verändern wird. Und wir können getrost davon ausgehen, dass sie alles daran setzen, dass diese Veränderungen nur zu ihren Gunsten ausfallen, indem sie die Covid-Krise nutzen, feste Pflöcke einzuschlagen, und uns vormachen, dass es jetzt an der Zeit sei, politisch zu handeln. In einem am 28. Mai veröffentlichten Papier, das eine Liste von „Vorschlägen für einen nachhaltigen Wiederaufschwung“[4] enthält, macht das Medef keinen Hehl daraus: „Die Krise hat gezeigt, dass so manches nicht richtig funktioniert oder gar zu schwerfällig ist. Diese Erkenntnis müssen wir nutzen, um unsere Wirtschaft wiederaufzubauen und dabei die Erfordernisse zu berücksichtigen, die sich in dieser Krise offenbart haben.“ Und hinter den hehren Parolen („ökologischer Wandel“, „digitaler Wandel“ usw.) steht ganz klar, was sie eigentlich wollen: „Alle Beteiligten (Regierung, Unternehmen, Beschäftigte, Verbraucher, junge Generationen und Verbände) müssen für dieses gemeinsame Ziel [den „Wiederaufbau“] mobilisiert werden. Wir müssen Frankreich modernisieren und unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt im Rahmen der Europäischen Union wiederaufbauen und gleichzeitig die Unternehmensfreiheit fördern.“

Die gleichen Töne schlägt die iFRAP-Stiftung, eine Denkfabrik der Unternehmer*innen, die von der äußerst medienwirksamen Agnès Verdier-Molinié[5] geleitet wird, in ihrem Bericht[6] an:

„Diese Krise hat unsere Fehler der Vergangenheit ans Licht gebracht und stellt uns vor die Frage, wie wir wieder auf die Beine kommen, Arbeitsplätze und Wachstum schaffen können. Dies ist unsere Herausforderung für die Zukunft, denn nach unseren Berechnungen anhand des Némésis-Modells wird das französische BIP seinen Wert von 2019 erst 2024 wieder erreichen. Dies erreichen wir sicher nicht nach althergebrachter Art mit höheren Ausgaben, vor allem bei den Sozialausgaben, und höheren Steuern. In einer Zeit, in der einige einen nachfrageorientierten Aufschwung herbeisehnen, hält es die iFRAP-Stiftung für dringend erforderlich, das Produktionssystem durch Angebotssteigerungen und

Strukturreformen zu stützen, die auf Unternehmen und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken und unsere öffentlichen Finanzen wieder auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen.“ Man unterlässt die Heuchelei. Man redet, was man denkt ... [frei nach Molière].

... und nutzen die Zeit für ihre Offensive

Nichts Neues unter der Sonne, werden einige sagen.

Kapitalisten sind Kapitalisten, und Neoliberale sind Neoliberale. So ist die aktuelle Offensive zur Arbeitszeitverlängerung (Wochenarbeitszeit, Abschaffung von Feiertagen und der AZV etc.) nur ein weiterer Aufguss des unerbittlichen Kampfes, der seit dem 19. Jahrhundert währt, und des Kampfes für den Zehn-Stunden- und später für den Acht-Stunden-Tag. Aber wir sollten nicht unterschätzen, dass die herrschenden Klassen sich das Hirn zermartern und versuchen, aus der Covid-Krise Profit zu ziehen, um den Spielraum für weitere Gegenreformen auszuloten. In gewisser Weise hat diese Krise ganzen Sektoren der Bourgeoisie als Experimentierfeld gedient, um neue Modelle unter realen Bedingungen zu testen, die sie nun durchgängig einsetzen wollen.

... verstärkt die Arbeit fern von Kolleg*innen tendenziell die Gefahren, die das moderne Management eingeführt hat.

Beispielhaft ist in dieser Hinsicht die Telearbeit (Homeoffice). Von den Millionen von Beschäftigten, die während des Lockdowns von zuhause aus arbeiteten (20 % der erwerbstätigen Bevölkerung laut den verschiedenen Umfragen), merkten viele im Laufe der Wochen, dass die „Freiheit“, zuhause zu arbeiten, relativ ist. Laut einer Gewerkschaftsumfrage unter 34 000 Beschäftigten^[7] stellten beispielsweise mehr als 30 % der Befragten, die Telearbeit leisteten, eine Zunahme ihrer Arbeitsbelastung fest (40 % unter den leitenden Angestellten), wobei 78 % von ihnen angaben, dass sie kein Recht auf Unterbrechung der Online-Verbindung hatten, um Ruhezeiten zu garantieren. 82 % gaben sogar an, dass die Zeitfenster, in denen sie erreichbar sein sollten, nicht genau festgelegt waren. Zudem war während der Schließung von Schulen und Kindergärten keine Kinderbetreuung vorgesehen, wovon insbesondere Frauen betroffen waren, etc.

Diese „Flexibilisierung“ geht einher mit einer

Atomisierung der Beschäftigten, mit einer zunehmenden Individualisierung der Aufgaben und der Beziehungen zu den Vorgesetzten und mit dem faktischen Verschwinden jeglichen kollektiven Rahmens der Kommunikation und gar Organisation, um damit umzugehen. Für die Arbeitssoziologin Danièle Linhart „verstärkt die Arbeit fern von Kolleg*innen tendenziell die Gefahren, die das moderne Management eingeführt hat, nämlich die Stimulierung einer narzisstischen Dimension, die den eigentlichen Sinn der Arbeit reduziert, nämlich für andere und mit anderen zu arbeiten und nicht um der Beste zu sein in einem imaginären Wettbewerb mit sich selbst und den anderen. Weit weg von anderen zu arbeiten birgt auch die Gefahr, die abstrakte Dimension der Arbeit weiter zu verschärfen, die durch ein Management installiert wurde, das von Zahlen, Formalisierung und Kontrolle besessen ist und Verfahren, Protokolle und Berichtswesen vervielfacht. Weit weg von anderen zu arbeiten, führt auch potentiell dazu, über weniger Intelligenz, Erfahrung und Erfindungsreichtum zu verfügen, um mit den Problemen der Aufgabenstellung fertig zu werden, weil die zunehmend dringlichere Unterstützung durch das Kollektiv entfällt.“[8]

Es ist daher kaum verwunderlich, dass der Unternehmerverband Medef und die Denkfabriken des Kapitals offen damit liebäugeln, etliche Beschäftigte weiterhin von zuhause aus arbeiten zu lassen, zumal die Unternehmen dadurch einen gewissen Teil ihrer Kosten auf ihre Mitarbeiter abwälzen konnten (Computer-Hardware, Software, Internet-Abonnements, ergonomische Arbeitsmittel etc.)[9]. In dem bereits erwähnten Medef-Bericht kann man demnach auch lesen, dass es erforderlich ist, „Lehren aus der Zeit des Lockdowns zu ziehen, um über neue Arbeitsformen und betriebliche Erfordernisse (insbesondere durch Telearbeit) nachzudenken“, „alle Formen der Telearbeit zu erleichtern“ oder sogar „die Digitalisierung der öffentlichen Dienste in bestimmten Sektoren, in denen Telearbeit möglich ist, zu beschleunigen“. Natürlich geht es dabei nicht im Geringsten um Maßnahmen, diesen Sektor „sozial“ zu gestalten und zu regulieren.

Wir stehen vor massiven Angriffen ...

Statt der Telearbeit hätte man auch viele andere Beispiele nehmen können, wie das Bildungswesen, wo „die Krise wohl einen Feldversuch ermöglicht hat, wo mit Fernunterricht Erfahrungen gesammelt werden konnten und Lehrer*innen mit Worten wie ‚Sie sollen Erdbeeren pflücken‘ herabgewürdigt wurden, um so das öffentliche Schulwesen auf ein Minimum zu reduzieren und die Aufgaben der Wissensvermittlung so weit wie möglich zu externalisieren. Auf diese Weise können Privatfirmen Ergänzungsunterricht oder freiwillige Kurse

verkaufen, wobei es dem Markt überlassen wird, die Bildungsziele je nach sozialen Merkmalen der Familien komplett zu variieren.“^[10]
 Düstere Aussichten, die leider alle Bildungsebenen, vom Kindergarten bis zur Universität, betreffen.

In diesem Zusammenhang könnte man auch die (Fern-)Überwachung thematisieren, wobei die Covid-Krise dazu dient, die technische und symbolische Kontrolle des öffentlichen Raums auszuweiten und als „normal“ zu verkaufen: Ausgangsbescheinigungen unter Androhung von Geldstrafen, Aufteilung in „erlaubte“ und „verbotene“ Zonen, verstärkte Polizei- und Militärpräsenz etc. Die Wochen, die hinter uns liegen, erinnern unweigerlich an das Werk von Michel Foucault, der in *Überwachen und Strafen* (1975) untersuchte, wie Pestepidemien von den öffentlichen Behörden gehandhabt wurden, und daraus folgende Schlussfolgerung zog: „Die verpestete Stadt, die von Hierarchie und Überwachung, von Blick und Schrift ganz durchdrungen ist, die Stadt, die im allgemeinen Funktionieren einer besonderen Macht über alle individuellen Körper erstarrt – diese Stadt ist die Utopie der vollkommen regierten Stadt/Gesellschaft. Die Pest (jedenfalls die zu erwartende) ist die Probe auf die ideale Ausübung der Disziplinierungsmacht. Versetzten sich die Juristen in den Naturzustand, um die Rechte und Gesetze in der reinen Theorie funktionieren zu lassen, so träumten die Regierenden vom Pestzustand, um die perfekten Disziplinen funktionieren zu lassen.“

Die Covid-Krise als günstige Gelegenheit

Für die herrschenden Klassen ist die Covid-Krise eine Gelegenheit, auf eine Neuordnung der sozialen Beziehungen auf der Grundlage der jüngsten Neuerungen zu drängen. Diese Neuordnung soll nach dem Willen der Vordenker des Kapitals und dessen politischen Sachwalter alle Lebensbereiche umfassen und zur Voraussetzung haben, dass die Grundprinzipien des Kapitalismus hochgehalten werden und die Marktlogik in weitere Sphären eindringen kann. Gegen diese tiefgreifende Umstrukturierung, die zu noch mehr Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur und damit zu immer mehr Krisen mit katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen führt, müssen wir uns wehren. Mit anderen Worten, wir müssen die herrschenden Klassen ernst nehmen und dürfen nicht der Illusion erliegen, dass ihr chaotischer und gar katastrophaler Umgang mit der Krise an fehlenden Perspektiven oder Strategien liegt. Vielmehr kommt darin ein typisch kapitalistisches, aber einem ständigen Wandel unterworfenes Weltbild zum Ausdruck und die durch die Pandemie geschaffene Ausnahmesituation ist eine Gelegenheit, radikale Gegenreformen in Angriff zu nehmen und gleichzeitig zu versuchen, die destabilisierende Hegemoniekrise der Bourgeoisie

zu überwinden oder gar zu lösen, auch wenn dies mit der weiteren Zunahme autoritärer Züge der politischen Machtstrukturen einhergeht.

... gegen die wir uns umgehend wehren müssen

Für die soziale und politische Linke war die Zeit des Lockdowns nach anfänglicher Verunsicherung Anlass, in vielerlei Hinsicht darüber nachzudenken, wie die „Welt von morgen“ aussehen soll. In diesem Zusammenhang möchten wir auf den „Plan für einen Ausweg aus der Krise“ vom 26. Mai^[11] verweisen, der von 20 Organisationen, Initiativen und Gewerkschaften ausgearbeitet worden ist und 34 soziale, ökologische und demokratische Maßnahmen vorschlägt und für einen „Systemwechsel“ plädiert. Hier ist nicht der Ort für eine detaillierte Analyse der Vorschläge dieses Kollektivs, die von einem „Notfallplan für das öffentliche Krankenhauswesen“ über „die Einstellung öffentlicher Subventionen für umweltschädliche Industrien“, „die Stärkung der Arbeiter*innenrechte“, „die Verkürzung und Aufteilung der Arbeitszeit“ bis hin zu „einem garantierten Recht auf Einkommen und sozialen Schutz für alle“ reichen. All dies sind Vorschläge, die von einem in dieser Breite beispiellosen kollektiven Bündnis getragen werden, die jetzt öffentlich diskutiert werden und deren Hauptverdienst darin besteht, dem Prinzip: „Es gibt keine Alternative“ entgegenzuwirken, den uns der herrschende Diskurs aufzwingen will.

Zwei gegensätzliche Herangehensweisen in der Linken

Was uns in diesem Zusammenhang mehr interessiert, sind die konkreten Bedingungen, unter denen der Widerstand von unten gegen die gegenwärtige Offensive aufgebaut werden kann. Dabei geht es um spezifische Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, aber auch um ein umfassenderes Notfallprogramm, in dem Forderungen zusammengefasst und formuliert werden, die den Plänen und Interessen der Kapitalisten diametral entgegenstehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es innerhalb der politischen Linken zwei gegensätzliche Herangehensweisen gibt, deren eine aus dem Aufruf „Erneuerte pluralistische Linke“ vom 14. Mai hervorgeht.^[12] Dieser Text will originell und punktuell radikal erscheinen, schlägt dabei aber nichts anderes vor als den Aufbau einer „politischen Alternative“ um die PS, die Umweltpartei Place publique, die Grünen aus der EELV und die „gemäßigten“ Tendenzen innerhalb der PCF. Eine ausschließlich auf die Institutionen orientierte Herangehensweise nach althergebrachter Art, die kein Wort darüber verliert, wie die Kräfteverhältnisse geändert und Mobilisierungen

angestoßen werden können, als könne man bis zu den Wahlen 2022 warten, um sich gegen die laufende Großoffensive zu wehren.

Der Kapitalismus, ist sicherlich erheblich diskreditiert (...). Insofern gibt es keinen Grund für die Antikapitalist*innen und Revolutionär*innen, zu verzagen.

Kurzum kommt darin das genaue Gegenteil von dem, was die Situation erfordert, zum Ausdruck, abgesehen von der besonders minimalistischen Programmatik des Aufrufs. Wie erwähnt begnügen sich die herrschenden Klassen nicht damit, eine „Welt nach Corona“, also einen Neuanfang zu versprechen oder gar abzuwarten, sondern sie arbeiten bereits daran, und die kleinlichen Kalküls und großartigen Manöver derjenigen, die auf die nächsten Wahlen warten wollen, werden sie nicht in die Knie zwingen. Im Gegenteil, wenn man die Bevölkerung glauben machen will, dass die kleinen Leute alles (wieder) zu ihren Gunsten drehen können, ohne dass Massenmobilisierungen die bereits laufenden Angriffe so schnell wie möglich stoppen, heißt dies nur, sich auf die nächsten Nackenschläge einzustellen oder gar Schlimmeres.

Der Kapitalismus, insbesondere in seiner neoliberalen Version, ist sicherlich erheblich diskreditiert, und im Falle Frankreichs sollten die politischen und ideologischen Errungenschaften der Gelbwesten-Bewegung und der Mobilisierung gegen die Rentenreform nicht unterschätzt werden. Insofern gibt es keinen Grund für die Antikapitalist*innen und Revolutionär*innen, zu verzagen, und wir müssen uns voll und ganz dem „Kampf der Ideen“ widmen: Es geht darum, die Perspektive einer anderen Welt, einer anderen Produktionsweise, einer ökosozialistischen Gesellschaft nach vorne zu bringen, und uns dabei zunutze zu machen, dass sich in der Covid-Krise gezeigt hat, wie uns das kapitalistische System in eine tödliche Sackgasse geführt hat, was unserem Programm/Projekt ein ganz besonderes Echo verleihen kann.

Einerseits müssen wir unbedingt ein Notfallprogramm propagieren, mit Forderungen, die mit den Interessen der Kapitalist*innen unvereinbar sind, und die Idee verbreiten, dass „eine andere Welt möglich“ ist. Aber dies macht nur dann Sinn, wenn wir dabei den Widerstand gegen die kapitalistische Politik und deren Pläne zum jetzigen Zeitpunkt organisieren, sonst bleiben die Diskussionen über das, „was möglich ist“ bloß tote Buchstaben. „Von nun an ist die Gegenwart kein einfaches Glied mehr in der Kette der Zeiten, sondern ein Augenblick der Auswahl des Möglichen; die Beschleunigung der Geschichte ist nicht die einer von Schnelligkeit berauschten Zeit, sondern die Auswirkung der

verteufelten Rotationen des Kapitals; das revolutionäre Handeln ist nicht der Imperativ einer kontrollierten Fähigkeit, Geschichte zu machen, sondern das Engagement in einem Konflikt mit ungewissem Ausgang.“[13]

Die Kämpfe waren durch den Lockdown nicht völlig verschwunden und nehmen im Zuge der Lockerungen wieder zu, unter anderem und vor allem im Gesundheitswesen, aber auch in den Unternehmen, angesichts der Entlassungswellen und des Stellenabbaus, oder auch als Protest gegen Rassismus und Polizeigewalt. Sie sind ein wichtiger Hebel, um gegen die „Schocktherapien“ der herrschenden Klassen auf Augenhöhe vorzugehen. Nur ein entschlossenes, kollektives Handeln, hier und jetzt, gegen das, was bereits vorhanden ist, kann aufzeigen, was morgen „möglich“ ist, und „etwas anderes“ ins Auge fassen als den Alptraum, den uns die Kapitalisten versprechen.

Aus: *l'Anticapitaliste la Revue* vom Juni 2020

Übersetzung: MiWe

[1] Gilbert Achcar, *Auto-extinction du néolibéralisme ? N’y comptez point*, online unter <https://npa2009.org/actualite/economie/auto-extinction-du-neoliberalisme-ny-comptez-point>

[2] *Rebondir face au Covid-19 : l’enjeu du temps de travail*, Mai 2020, online unter: <http://www.medef.com/uploads/media/default/0018/77/12890-conference-de-presse-du-28-mai-2020-presentation-du-plan-de-relance-du-medef.pdf>

[3] Jean Castillo, *Comment les néolibéraux veulent profiter de la crise sanitaire*, 7. Mai 2020, online unter: <https://france.attac.org/se-mobiliser/que-faire-face-au-coronavirus/article/comment-les-neoliberaux-veulent-profiter-de-la-crise-sanitaire>

[4] *Pour une “prise de confiance”, propositions du Medef pour une relance durable*, 28. Mai 2020, unter: <https://www.medef.com/uploads/media/default/0018...>

[5] Vgl. Pauline Perrenot (mit Kilian Sturm), *Agnès Verdier-Molinié, ou la „pédagogie“ à coups*

de marteau : „Sus à l'hôpital public“ !, Acrimed, 15. April 2020, unter <http://www.acrimed.org/Agnes-Verdier-Molinie-ou-la-pedagogie-a-coups-de>

[6] *Le plan de la Fondation iFRAP pour l'emploi et la croissance et surmonter la crise*, 7. Mai 2020, unter <http://www.ifrap.org/etat-et-collectivites/le-plan-de-la-fondation-ifrap-pour-lemploi-et-la-croissance-et-surmonter-la>

[7] *Le travail sous épidémie*, 5. Mai 2020, unter <https://luttevirale.fr/enquete/rapport/>

[8] Beitrag von Danièle Linhart auf der Website von éditions Éres : <https://www.editions-eres.com/edito/89>

[9] Vgl. hierzu die unter 7 erwähnte Untersuchung.

[10] Stéphane Bonnery, *Covid-19 et accélération de la crise de l'école. Leur projet et le nôtre*, Contretemps-web, 31. Mai 2020, unter <http://www.contretemps.eu/covid19-crise-ecole-blanquer/>

[11] Vgl. hierzu u. a. auf der Website von Attac: *Plus jamais ça ! 34 mesures pour un plan de sortie de crise*, 26. Mai 2020 : <https://france.attac.org/nos-publications/notes-et-rapports/article/plus-jamais-ca-34-mesures-pour-un-plan-de-sortie-de-crise>

[12] *Au cœur de la crise, construisons l'avenir*, l'Obs, 14. Mai 2020, unter <https://www.nouvelobs.com/politique/20200514.OBS...>

[13] Daniel Bensaïd, *Der unzeitgemäße Marx*, S. 74 - hier bestellbar <https://www.neuerispverlag.de/verweis.php?nr=176>

Dieser Beitrag wurde publiziert am Sonntag den 16. August 2020 in der Kategorie: neoliberalismus, Ökonomie und Krise.